

## Wahlprüfsteine: Seebrücke / Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

### Kriminalisierung Seenotrettung

- (1) **Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur\*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmende kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?**
- (2) **Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?**

Wir Grüne stehen wir für Verantwortung. Das heißt auch, dass wir unserer globalen, humanitären und historischen Verantwortung gerecht werden wollen: Ein starkes, wohlhabendes Europa darf keine Festung um sich bauen. Es muss offen sein für die, die Schutz suchen. Niemand soll bei dem Versuch, Sicherheit oder ein besseres Leben für sich und seine Kinder zu erreichen, sterben müssen! Wir wollen Menschen in Not helfen.

Wir lehnen die Kriminalisierung der Seenotrettung sowie das Festsetzen der Schiffe in den Häfen ab. Um das zu verhindern, müssen auch die nördlichen sowie Binnenstaaten der EU Geflüchtete aufnehmen. Sie dürfen die Mittelmeeranrainer damit nicht allein lassen. Klar ist aber: Die fehlende solidarische, europäische Lösung der Flüchtlingsaufnahme darf nicht zulasten der zivilen Seenotrettung gehen und zu deren Kriminalisierung führen.

Egal, wo jemand herkommt; egal, wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein Mensch in Seenot ist: Menschen in Lebensgefahr sind zu retten und an einen sicheren Ort zu bringen. Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, die Rettung zu koordinieren und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem. Wer sich für Menschenrechte einsetzt – ob an Land oder auf See, ist zu unterstützen und darf nicht kriminalisiert werden.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns daher dafür ein, die zivile Seenotrettung zu entkriminalisieren und ein europäisch organisiertes und finanziertes ziviles Seenotrettungssystem aufzubauen.

Wir erwarten auch von der Bundesregierung, dass sie bei der Seenotrettung aktiv wird, Unterstützung bereitstellt und bei anderen europäischen Staaten für Unterstützung wirbt.

Das Sterben im Mittelmeer muss beendet werden!

## Thema Landesaufnahmeprogramm

**(3) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?**

Wir Grüne unterstützen die Initiative „Sichere Häfen“ und wollen, dass auch das Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten.

**(4) Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?**

Wenn wir nach der Landtagswahl am 14. März 2021 Koalitionsverhandlungen führen, wird unser Landtagwahlprogramm die Grundlage dafür sein. Darin haben wir unter anderem beschlossen, ein Landesaufnahmeprogramm voranzutreiben. Unser Ziel ist es, die Inhalte unseres Wahlprogramms bestmöglich umsetzen zu können.

**(5) Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt?)**

Wir Grüne sind gegenüber allen Initiativen aufgeschlossen, die den Ländern mehr Gestaltungsfreiheit einräumen. Gleichzeitig ist aber klar: Das eine ist die rechtliche Frage, ob hier ein Einvernehmen des Bundesinnenministeriums erforderlich ist. Das andere die Tatsache, dass ein Landesaufnahmeprogramm rein praktisch nur in Zusammenarbeit mit dem Bund umgesetzt werden kann.

## Aufnahmebereitschaft der Kommunen

**(6) Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?**

**(7) Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Forderung aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?**

Geflüchtete im Land direkt auf Grundlage der Entscheidung einer Kommune aufzunehmen, sieht das Aufenthaltsrecht nicht vor. Dazu bedarf es grundsätzlich zumindest eines Landesaufnahmeprogramms. Wir unterstützen die Initiative „Sichere Häfen“ und wollen, dass auch das Land Baden-Württemberg zum „Sicheren Hafen“ wird. Wir werden daher ein entsprechendes Landesaufnahmeprogramm vorantreiben und machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass Bundesländer und Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Menschen in Notsituationen erhalten. Dies entspricht zugleich den Wünschen der Zivilgesellschaft, zusätzlich Geflüchtete aufzunehmen.

## Sichere Bleibeperspektiven in Baden-Württemberg

- (8) **Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?**
- (9) **Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?**
- (10) **Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung des Beschlusses vom April 2017 realisieren, wonach Betroffene über die existierenden Bleiberechtsoptionen aufgeklärt werden?**

Für uns Grüne ist klar: Menschen, die sich integrieren und ein Teil unserer Gesellschaft geworden sind, müssen eine Bleibeperspektive erhalten. Wir unterstützen daher beispielsweise ausdrücklich die Ziele der Unternehmensinitiative „Bleiberecht durch Arbeit“. Inzwischen haben sich dieser Initiative hunderte Unternehmen angeschlossen.

- Da Bleiberechtsoptionen bundesrechtlich geregelt sind, ist hier primär der Bundesgesetzgeber gefragt. Mit der Beschäftigungsduldung hat der Bund zwar die Möglichkeit eines Bleiberechts für Menschen in Arbeit eingeführt. Die Voraussetzungen sind aber viel zu hoch. Kaum jemand kann sie erfüllen! Zudem können die Geduldeten erst zwölf Monate, nachdem ihr Asylverfahren beendet ist, eine Beschäftigungsduldung erhalten. Während dieses ganzen Jahres leben sie und ihre Arbeitgeber\*innen mit dem ständigen Damoklesschwert der Abschiebung. Ein unsäglicher Wettlauf gegen die Zeit! Zu oft kommt es vor, dass Menschen plötzlich gehen müssen, die gut integriert sind, hier arbeiten und sich ein Leben aufgebaut haben. Abgesehen von dem persönlichen Schicksal der Betroffenen ist dies auch ein herber Verlust für unsere Gesellschaft, den wir vermeiden wollen.

Im Rahmen der landesrechtlichen Möglichkeiten, sind wir auch im Land aktiv:

- Baden-Württemberg hat 2020 erfolgreich eine Bundesratsinitiative eingebracht, um das Aufenthaltsgesetz zu ändern. Diese betrifft Geflüchtete, deren Verfahren in die Hochphase des Flüchtlingszugangs fielen. Ziel ist, dass ihre Aufenthaltszeiten während des Asylverfahrens auf den notwendigen Duldungszeitraum angerechnet werden.
- Unserer Ansicht nach liegt es zudem im Ermessen des Landes, in diesen Fällen Duldungen zu erteilen. Unsere aktuelle Koalitionspartnerin und das Innenministerium vertreten hierzu allerdings eine andere Rechtsauffassung. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir erreichen, diese gesetzlichen Spielräume wie die Ermessensduldung konsequent zu nutzen.
- Wir wollen uns auch politisch dafür einsetzen, dass Menschen über existierende Bleiberechtsoptionen beraten werden.
- Bei Personen, die von der geplanten Bundesratsinitiative betroffen und bis zu einem bestimmten Datum eingereist sind, besteht im Einzelfall die Vermutung eines Härtefalls. Dies konnte auf Grüne Initiative hin erreicht werden. Sobald sich die Härtefallkommission mit diesen Fällen beschäftigt, sind aufenthaltsbeendende Maßnahmen regelmäßig zurückzustellen.
- Auf Bundesebene werden wir weiterhin alle Initiativen, die auf Bleiberechtsperspektiven für gut-integrierte Geflüchtete gerichtet sind, positiv begleiten.

## Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

### (11) **Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)**

Wenn Menschen zu uns kommen, wollen wir ab dem ersten Tag mit der Integrationsarbeit beginnen. Wir wollen keine Zeit verlieren, indem wir warten, bis der Aufenthaltsstatus endgültig geklärt ist. Geflüchtete sollen so schnell wie möglich Zugang zu integrativen Maßnahmen, zu Ausbildung, Arbeit und Wohnen bekommen. Das ist unser Ziel.

Dabei ist die Sprache der Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe und eine gelingende Integration. Daher wollen wir allen von Anfang die Möglichkeit geben, unsere Sprache zu lernen:

Mit der Verwaltungsvorschrift „Deutsch für Flüchtlinge“ fördert das Land bereits seit 2015 ein Sprachkursangebot, das die Integrationskurse des Bundes ergänzt. In den Vorbereitungsklassen (VABO) werden Schüler\*innen u.a. in Deutsch unterrichtet, so dass sie schließlich in das Regelbildungssystem integriert werden können.

Wir wollen die Sprachbildung im Kindergartenalltag und an Grundschulen entschlossen weiter ausbauen und verbessern. Den sprachsensiblen Fachunterricht wollen wir in allen Schulen verankern. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen gezielten Unterricht in Deutsch als Fremdsprache erhalten. Mentor\*innenprogramme für Eltern, mit denen wir die Familien begleiten, wollen wir bedarfsgerecht weiter ausbauen.

Unser Ziel ist es, Menschen in Not zu helfen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihren Erfahrungen in unsere Gesellschaft einzubringen. Davon profitieren nicht zuletzt auch diejenigen, die bereits seit Längerem hier leben. Wir sorgen dafür, dass Geflüchtete bei uns ein neues Zuhause finden und schaffen langfristige Integrations- und Bleibeperspektiven.

Als grün-geführte Landesregierung haben wir auch das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht. Wir werden nun ein landesweites kommunales Netzwerk aufbauen, um Geflüchtete und Migrant\*innen schnellstmöglich ins Arbeitsleben zu integrieren. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Abschlüsse wollen wir fair anerkennen, nutzen und stärken. Bildung und Sprache sind für Integration, Teilhabe und Chancengerechtigkeit von zentraler Bedeutung. Wir werden deshalb die Angebote für Sprachkurse ausbauen und die begleitende Kinderbetreuung für Geflüchtete mit Kindern sicherstellen.

Wir möchten Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte unterstützen, indem wir ihre Fähigkeit zu Multiperspektiven und Mehrsprachigkeit fördern und wertschätzen. Wir wollen Diversität stärken, indem wir mehr Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte an unsere Schulen bringen. Den muttersprachlichen Unterricht wollen wir nach dem Vorbild anderer Bundesländer in staatliche Verantwortung übernehmen und den Konsulatsunterricht abschaffen.

In den vergangenen Jahren hat die grün-geführte Landesregierung in einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen und der Zivilgesellschaft vielen Geflüchteten geholfen. Verschiedene Maßnahmen haben die Unterbringung und Versorgung der Menschen verbessert.

Wir wollen auch in Zukunft die Situation in den Flüchtlingsunterkünften weiter verbessern.

- Der Aufenthalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen soll weiter verkürzt werden.
- Die Erstaufnahme muss gut ausgestattet und Corona-konform gestaltet werden.
- Wir haben den Wohnraum in der Flüchtlingsaufnahme erhöht und eine erfolgreiche Bundesratsinitiative für Geflüchtete in Arbeit gestartet, um Bleibeperspektiven zu verbessern.
- Eine Wohnsitzauflage für anerkannte Geflüchtete sehen wir grundsätzlich kritisch.
- Durch eine umfassende Sozial- und Rechtsberatung wollen wir sicherstellen, dass Geflüchtete künftig von Anfang an über ihre Rechte und die Voraussetzungen für einen Aufenthaltstitel informiert werden.

- Gesellschaftliche Teilhabe schließt neben Wohnen und Arbeiten auch die gesundheitliche Versorgung ein. Wir setzen uns daher dafür ein, mit der Erstregistrierung eine Gesundheitskarte auszustellen. Zudem wollen wir den anonymen Krankenschein für Menschen ohne Aufenthaltsstatus, sogenannte Papierlose, etablieren.
- Traumatisierte Geflüchtete brauchen einen schnellen und niedrigschwelligen Zugang zu Hilfe, damit sie eine Perspektive und Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft haben. Daher wollen wir die bestehenden psychosozialen Beratungsstellen zu einer landesweiten Versorgungsstruktur weiterentwickeln.

Um geflüchtete Menschen besser in Arbeit und Ausbildung zu bringen, unterstützen wir sie mit spezifischen Angeboten. Auch diese Angebote wollen wir fortsetzen. Mit dem Programm „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“ haben wir spezifische Hilfs- und Beratungsangebote etabliert, um zugewanderte Menschen bei der Berufswahl und bei der Integration in Ausbildung gezielt zu unterstützen.

Darüber hinaus hat die grün-geführte Landesregierung ein flächendeckendes Netz von so genannten regionalen "Kümmerern" geschaffen. Sie vermitteln die jungen Zugewanderten in Praktikum, Einstiegsqualifizierung und Ausbildung. Gleichzeitig sind die Kümmerer Ansprechpartner\*innen für die Betriebe. So geben wir neu zugewanderten jungen Menschen rasch eine berufliche Perspektive und helfen zugleich den Betrieben bei allen Fragen rund um das Thema Ausbildung von Flüchtlingen.

**(12) Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?**

Als Land gestalten wir Integration maßgeblich mit. Deshalb haben wir als grün-geführte Landesregierung 2016 gemeinsam mit den Kommunen den Pakt für Integration auf den Weg gebracht. Kernstück war ein neu geschaffenes Integrationsmanagement. Heute stehen rund 1000 Integrationsmanager\*innen den Geflüchteten im Alltag zur Seite und unterstützen sie mit Integrationsplänen dabei, ein selbstständiges Leben zu führen. Zusätzlich unterstützt der Pakt junge Geflüchtete in Schulen auf ihrem Weg ins Berufsleben.

2020 haben die Kommunen einmalig 15 Millionen Euro für die Integration von Geflüchteten bekommen. Damit stellt das Land den Kommunen sämtliche Bundesmittel bereit, die für die Integration Geflüchteter nach Baden-Württemberg fließen.

Neben der Unterstützung der Kommunen mit je 70 Millionen Euro in den Jahren 2020 und 2021, um die Integrationsmanager\*innen fortzuführen, wurde auch der Integrationslastenausgleich verlängert.

## **Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen**

**(13) Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung Baden-Württembergischer Polizeibeamt\*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?**

Frontex verfügt nicht über eigene Grenzschutzbeamt\*innen. Vielmehr ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache darauf angewiesen, dass die EU-Mitgliedstaaten Personal für Einsätze zur Verfügung stellen. Davon kommen auch einige wenige aus Baden-Württemberg.

Die Grenzschutzagentur ist aufgrund der Frontex-Verordnung und ihres Verhaltenskodex dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu wahren und zu achten: Frontex-Einsätze müssen zwingend den Grundsatz der Nicht-Zurückweisung als elementaren Bestandteil der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention einhalten. Während Frontex aber immer mehr Kompetenzen erhält, wachsen die Kontroll- und Sanktionsmechanismen nicht mit.

Das Büro der Grundrechtsbeauftragten soll gewährleisten, dass die Menschenrechte eingehalten werden. In der Praxis bleibt ihre Stimme jedoch oft ungehört. Es gibt beispielsweise leider zahlreiche Berichte über illegale, systematische Pushbacks auf See und an der Grenze. Diese werden bislang von Frontex zurückgewiesen. Die derzeitige Vakanz von 40 geplanten Grundrechtebeobachter\*innen-Stellen bei Frontex ist nicht hinnehmbar!

Wir fordern daher:

- Die vakanten Stellen von Grundrechtebeobachter\*innen müssen sofort besetzt werden!
- Jede Erweiterung des Frontex-Mandats muss Hand in Hand mit einer stärkeren Kontrolle der Einhaltung der Grundrechte gehen. Die Grünen im Europäischen Parlament haben erfolgreich darauf gedrängt, dass die Grundrechtsbeaufträge bei Frontex deutlich mehr Ressourcen und Durchsetzungsmöglichkeiten bekommt.
- Wenn Frontex mehr Aufgaben beim europäischen Grenzschutz übernehmen soll, muss sich die Grenzschutzagentur auch zur Verantwortung ziehen lassen.
- Wir fordern von der Bundesregierung, umfassend dazu beizutragen, die Vorwürfe schwerer Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtswidrigen Zurückweisungen aufzuklären!
- Auch eine Parlamentarische Kontrolle durch das Europäische Parlament (Unterausschuss) ist notwendig.

Die Grenzschutzagentur kann eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik, die immer noch fehlt, nicht ersetzen. Statt alle Ressourcen auf die Grenzschutzagentur zu lenken, müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten endlich damit anfangen, die Verantwortung gerecht zu verteilen und eine Seenotrettung aufzubauen.

## **Abschiebungen in Baden-Württemberg**

- (14) **Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?**
- (15) **Was schlagen Sie bzw. Ihre Partei vor, angesichts der Statistiken, wonach rund 50% der Personen in Abschiebungshaft rechtswidrig inhaftiert wurden, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebungshaft zu erreichen**
- (16) **Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass Personen in Abschiebungshaft – analog zu Beschuldigten in Strafverfahren – eine Pflichtverteidigung beigeordnet wird?**
- (17) **Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass in Baden-Württemberg – wie in vielen anderen Bundesländern üblich – eine offene und unabhängige Beratung in der Abschiebungshaft geben soll?“.**

Menschen in staatlichem Gewahrsam brauchen eine Person, der sie sich anvertrauen können und die ihnen eine Stimme gibt. Deswegen wollen wir die Stelle einer\*s unabhängigen Justizvollzugsbeauftragten am Landtag einrichten, die\*der im Jahresturnus an den Landtag und an die Landesregierung berichtet. Der Zuständigkeitsbereich soll sich am Vorbild der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter orientieren und alle Formen freiheitsentziehender Maßnahmen in Einrichtungen des Landes umfassen. Dazu gehört auch die Abschiebehaft.

Wir setzen uns dafür ein, dass zum Thema Abschiebehaft endlich ein Runder Tisch eingerichtet wird. Hier sollen sich Anstaltsleitung und Behördenvertreter\*innen einerseits und Haupt- und Ehrenamtliche im Umfeld der Abschiebehaft andererseits auf Augenhöhe austauschen. Eine unabhängige und offene Beratung halten wir für ein wesentliches Element humanitärer und rechtsstaatlicher Abläufe. Ein Abschiebegefängnis ist keine Strafhaft.

**(18) Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?**

Die Leitlinien für die Rückkehr- und Abschiebep Praxis in Baden-Württemberg müssen ein rechtsstaatliches, faires und humanitär verantwortliches Vorgehen gewährleisten. Vor diesem Hintergrund lehnen wir Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen grundsätzlich ab.